

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Hasemauer 8, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hannah-Ahrendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

CO2-Reduktion, weniger Lärm und Vision Zero mit Tempo 30 - Modellversuche ermöglichen

Rede vom 18. August 2016, 103. Sitzung, Tagesordnungspunkt 22
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen können Sie in der Drucksache [17/5285](#) nachlesen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr finden Sie in der Drucksache [17/6219](#).

Weitere Redner waren:

Susanne Menge (GRÜNE), Gerd Ludwig Will (SPD), Dr. Gabriele Andretta (SPD), Karsten Heineking (CDU) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Es hat jetzt für die FDP-Fraktion Frau Abgeordnete Gabriela König das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist viel gesagt worden, vor allen Dingen zu Modellprojekten. Modellprojekte sind in unterschiedlichster Weise im Moment gerade in der Umsetzung, und man sollte vielleicht erst einmal abwarten, was die bringen. Denn im Antrag stand z. B. etwas von London. Aber London ist überhaupt nicht vergleichbar mit unseren Städten. Es gibt Celle - da gibt es Probleme -, und es gibt Bremen, wo der Oberbürgermeister im Prinzip ein bisschen hin- und herschwankt, ob er es lassen soll oder nicht, und Angst um seine Kaufmannschaft in der Innenstadt hat. Man sollte das also sehr vorsichtig begleiten.

Modellversuch Zero, CO2-Reduktion, weniger Lärm - das ist natürlich ein sehr gutes Omen. Das sollte man auch verfolgen. Ich glaube, da sind wir alle einer Meinung. Aber bei Unfallverhütung durch bessere Verkehrssicherheit muss man genauer hinschauen. Das ist so einfach nicht zu haben. Wenn wir dieses Tempo 30 auf diese Ebene heben, dann reicht es uns vorn und hinten nicht aus; denn dann muss man die Straßen unterteilen in unfallträchtige und weniger unfallträchtige, in Spielstraßen, in Wohnstraßen, wie auch immer. Wenn man Autobahnen und Bundesstraßen mit Landesstraßen vergleicht, ergibt sich eine völlig unterschiedliche Situation.

Schauen wir uns einmal unfallträchtige Bereiche an! Sie schreiben z. B., dass Unfallträchtigkeit ein großes Problem sein kann. Klar ist es das. Da muss auch wirklich hingeguckt werden. Deswegen haben wir vor Schulen, vor Kindergärten, vor Krankenhäusern und vor Altenheimen überall schon Tempo-30-Zonen. Überall dort, wo es gefährlich ist und wo eine verkehrsreiche Situation ist, haben wir diese Dinge schon in der Umsetzung, und das muss schneller und vernünftiger funktionieren. Das hat ja auch die

Gabriela König MdL, CO₂-Reduktion, weniger Lärm und Vision Zero mit Tempo 30 - Modellversuche ermöglichen, Rede vom 18. August 2016, 103. Sitzung, Tagesordnungspunkt 22, Abschließende Beratung

FDP in Schleswig-Holstein so gesehen und hat es im Bund eingereicht, und die haben darauf reagiert. Genau das ist richtig und vernünftig.

Jetzt schreiben Sie beispielsweise zu der CO₂- bzw. Klimaproblematik, 50 Fahrzeuge, die 50 km/h fahren, verursachen mehr Lärm als 100 Autos, die 30 km/h fahren. Ja, wunderbar. Und dann? - Wenn in den Innenstädten kontinuierlich wie bei uns in Osnabrück eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 20 km/h herrscht, dann kommen wir damit überhaupt nicht weiter. Das ist überhaupt kein Argument. Letztendlich ist das, wobei am meisten emittiert wird, natürlich die Situation vor den Ampeln, das Bremsen und das Starten. Sowohl lärmmäßig als auch emissionsmäßig kommt am meisten dabei heraus. Das heißt, fließender Verkehr ist eigentlich genau das, was wir brauchen. Man sollte nicht einfach den Verkehr herunterstufen und sagen: Wir können einmal mit 30 km/h durch die Gegend fahren, und dann haben wir alles erreicht. - Nein, so erreicht man es eben nicht.

Wir hatten vor Kurzem eine schöne Unterrichtung, die ich ausgezeichnet fand. Da war in einer Unterrichtung durch das MU die Rede z. B. von „blaue Plaketten: ja oder nein?“ - das hat der Bund gerade gestrichen -, und dabei ist von mir der Vorschlag gekommen: Warum kann man die Kommunen nicht dazu bringen, in andere Bereiche zu investieren, z. B. in eine Begrünung, die genau diese Schadstoffe aufnimmt und umwandelt wie Ligusterhecken?

Man kann u. a. auch die Fotokatalyse mit einbauen. Das sollte man sich wirklich einmal betrachten. Das ist eine Hochtechnologie, mit der drei Universitäten beschäftigt sind. Ein großes Unternehmen in Niedersachsen vertreibt mittlerweile diese ganzen Stoffe schon, mit denen beispielsweise die Wände bestrichen werden. Dazu gibt es an Autobahnen Pilotprojekte an Lärmwänden.

Schauen wir uns die Betontechnologie an! Ich zitiere dazu: Bei der Reduzierung von NO₂, also die Konzentrationen innerorts, die Sie hier ganz ausgenommen haben, die überhaupt nicht besprochen worden sind - nur CO₂ -, muss man einfach sehen, dass Zement nach der DIN EN 197 in Straßenbelägen viel mehr bringt, weil dafür eben richtig geforscht wird. Dazu gibt es auch Projekte. Solche Dinge muss man einfach mit aufnehmen, um den Kommunen zu helfen, aus dieser Situation herauszukommen, und um klimatechnisch weiter voran-zukommen. Aber das wollen Sie nicht, da schauen Sie nicht hin, das ist Technologie, das ist für Sie Teufelszeug, rückwärtsgewandt ist besser. Das genau passt bei uns überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin König. - Es liegt die Wortmeldung zu einer Kurzintervention von der Kollegin Dr. Gabriele Andretta vor. Bitte, Frau Kollegin!

Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Herr Präsident! Liebe Frau König, Sie haben jetzt einige Aspekte benannt, wie man hier zu einer deutlichen Lärmreduktion kommen und wie man CO₂ verringern kann. Was sagen Sie denn einer Kommune wie z. B. meiner Heimatstadt Göttingen, die im Rat einen Lärmschutzplan beschlossen hat und händeringend auf die Chance hofft, die wir ihr mit diesem Antrag eröffnen wollen, endlich mit einem Modellprojekt Tempo 30 zu starten?

(Heiner Schönecke [CDU]: Ist das ein Göttinger Antrag? Nur für Göttingen? - Gegenruf von der SPD: Das ist ein Beispiel!)

- Das ist nur die Spitze der Bewegung.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, das hätten Sie noch laut sagen können. Sie haben nur die halbe Zeit von der Kurzintervention gebraucht. - Frau König möchte antworten. Bitte schön, Frau König, 90 Sekunden maximal!

Gabriela König (FDP):

Frau Andretta, ich glaube, das habe ich eben zumindest versucht. Man kann mehrere Möglichkeiten einräumen. Tempo 30 ist doch nur eine Möglichkeit, um beispielsweise klimatechnisch etwas zu bewirken. Unfalltechnisch ist es wieder eine völlig andere Sache. Dazu muss man die einzelnen Bereiche betrachten. Wenn unfallträchtige Straßen betrachtet werden - ich kenne das auch aus meiner Stadt -, dann sieht man, dass es an Abbiegevorgängen, an Vorfahrtsregelungen, die nicht beachtet werden, an Grünphasen, die nicht eingehalten werden, usw. liegt. Dabei gibt es wirklich ganz

Gabriela König MdL, CO2-Reduktion, weniger Lärm und Vision Zero mit Tempo 30 - Modellversuche ermöglichen, Rede vom 18. August 2016, 103. Sitzung, Tagesordnungspunkt 22, Abschließende Beratung

unterschiedliche Dinge, und die muss man in Augenschein nehmen, wenn man wissen will, an welchen Straßen man wie agieren muss.

Aber es gibt, um climatechnisch etwas zu machen, unterschiedliche Dinge. Ich habe mich sehr gewundert, dass das MU sagte, dass das alles nichts bringt. Warum gehen dann das Fraunhofer-Institut und die BASt in diese Versuche hinein und erforschen das? - Wir müssen doch den Kommunen ein größeres Spektrum als nur Tempo-30-Zone bieten. Da, wo Tempo-30-Zone tatsächlich etwas bewirken kann, kann man sie dementsprechend umsetzen. Das wird der Bund demnächst noch weiter ermöglichen. Aber dazu braucht man meines Erachtens kein Pilotprojekt.

(Zustimmung bei der FDP)

Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Wer jetzt an der Abstimmung teilnehmen möchte, den bitte ich, zu seinem Abgeordnetenplatz zu gehen; denn nur dann kann ich die Stimme werten.

Meine Damen und Herren, wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/5285 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich frage nach den Gegenstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit sind Sie der Ausschussempfehlung gefolgt.